

teber spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß die Strafsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, aber daß eine Bürgerschaft besteht oder entstehen wird, damit die Waffensänderung und die Durchführung der Forderungen, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden. Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Fregate getroffen ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind. Aber der gegenwärtige Krieg war es nicht. Und um den gegenwärtigen Krieg handelt es sich. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterwerfen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Gewalt des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unerschütterlich ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei ihnen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Bewußt, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und ausdrücklich und klar gehandelt werde, betrachte ich der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendwelchen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten könnten, zu willkern, anzusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hören und hören können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß kein Friedensschluß und kein Versuch, die erlassenen Leibe und Magerheitsigkeiten dieses Krieges umzusetzen zu machen, die Regierung der Straßburger Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahr verfassungsmäßige Haltung bieten, als die lächerlichen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autoritäten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über seine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich richten. Diese tatsächlichen Dinge können nicht unangefochten bleiben.

Beschleunigen Sie den Ausdruck unserer besonderen Hochachtung.

gg. E n s i n g.

Nr. 77.

Telegramm.

M ü n c h e n , den 25. October 1918.

Der Kaiser. Befehle an Bundesrätige Rat.

Für den Herrn Reichskanzler.

S e k r e t

Ich erfülle eine schwere Pflicht, wenn ich Eurer Großherzoglichen Hoheit mitteile, daß hier in Bayern von berathener Seite die gestern abend bekanntgemachte Antwort Wilsons so gebietet wird, daß sie sich im ihrem letzten Abschnitt direkt gegen die Person unseres Kaisers richtet. Der Ministerrath und der Kriegswissenschaftler sind der Ansicht, der Wortlaut der Note lasse andere Deutung nicht zu; durch die verthätigte Ausdrucksweise sollte lediglich Selbsteinschränkung gegeben werden, den schmerzlichen Schritt freiwillig zu thun. In jedem Falle treten die Benannten dafür ein, daß Eurer Majestät offen bargelegt